



SPD Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

**An die  
Medien**

**Dortmund**

**09.05.07**

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Sozialer Arbeitsmarkt in Dortmund Neue Chance für Langzeitarbeitslose**

Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit.  
Kein Ein-Euro-Job, sondern eine reguläre sozialversicherungspflichtige Tätigkeit.

Das ist der Hintergrund eines Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die morgige Ratssitzung, in dem es um den so genannten „sozialen Arbeitsmarkt“ für Langzeitarbeitslose mit vielfältigen Vermittlungsproblemen geht.

Ein sozialer Arbeitsmarkt hat zum Ziel, Langzeitarbeitslosen mit dauerhaften Vermittlungshemmnissen, die absehbar keine Perspektive auf dem 1. Arbeitsmarkt haben, eine langfristige Arbeit anzubieten. Dazu sollen Modelle für öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen entwickelt werden, die auf die genannten Vermittlungshemmnisse und den besonderen Betreuungsaufwand dieser Menschen Rücksicht nehmen.

**Roland Spieß, SPD-Vertreter im Trägerausschuss der ARGE:** „Mehrere tausend geringfügig oder nicht qualifizierte Frauen und Männer in Dortmund gelten zurzeit als schwervermittelbare Langzeitarbeitslose. Bundesweit wird die Gruppe der Betroffenen auf ca. eine halbe Million Menschen geschätzt. Offene Stellen gibt es für sie so gut wie nicht. Auch die momentane konjunkturelle Entwicklung und Erholung des Arbeitsmarktes geht an dieser Personengruppe bisher weitestgehend vorbei. Auf diese Tatsache muss die Stadt Dortmund durch Schaffung eines Sozialen Arbeitsmarktes reagieren.“

**Birgit Unger (GRÜNE), Vorsitzende des Sozialausschusses:** „Vom Sozialen Arbeitsmarkt sollen Langzeitarbeitslose mit vielfältigen dauerhaften Vermittlungshemmnissen profitieren, die unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung ohne spezielle Unterstützung keine realistischen Chancen auf eine Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben. Dabei ist uns



SPD Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

wichtig, dass die Arbeit unbefristet und die Bezahlung kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig sowie existenzsichernd ist. Sie soll sich deshalb an der bisher diskutierten Höhe eines Mindestlohns von 7,50 € orientieren. Für alle Beteiligten sollen auch weiterhin Übergänge in Fortbildung, Qualifizierung und damit eine eventuelle Beschäftigung im 1. Arbeitsmarkt ermöglicht werden.“

Zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen zählen insbesondere die Personen, die seit mindestens einem Jahr arbeitslos und/ oder ohne Ausbildung sind, eine geringe soziale Kompetenz und gravierende gesundheitliche Einschränkungen aufweisen und bei denen alle bisherigen Versuche der Arbeitsmarktintegration nicht erfolgreich waren. Die Beschäftigung von Menschen mit den genannten Vermittlungshemmnissen bedarf bei den Arbeitgebern eines erhöhten Aufwands an Organisation und Betreuung durch Vorgesetzte. Ihre Beschäftigung führt aus betriebswirtschaftlicher Perspektive zu einem Kostennachteil im Vergleich zur Einstellung eines unbeschränkt leistungsfähigen Arbeitnehmers.

Nach Ansicht von SPD und GRÜNEN müssen die Einsatzbereiche des Sozialen Arbeitsmarkts im öffentlichen Interesse liegen, also weder von der Wirtschaft noch von der Kommune finanziert werden (so genannte marktferne Tätigkeiten). Zu denken ist an stadtteilbezogene Beschäftigungsprojekte, Quartiersmanagement, Verbesserung der ökologischen und sozialen Infrastruktur. Weitere Vorschläge aus der Bürgerschaft sind erwünscht.

**Roland Spieß und Birgit Unger:** „Für uns ist unverzichtbar, dass von Anfang an jeder Schritt der Vorbereitung mit den Akteuren auf dem Dortmunder Arbeitsmarkt (Stadt, Bundesagentur für Arbeit, ARGE, Sozialpartner, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände) im Konsens vorzunehmen ist. Denn die öffentlich geförderte Beschäftigung soll nur zusätzlich erfolgen und Mitnahmeeffekte vermieden werden.“